Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,4 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 269. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 17. November 1928

Der Panzerkreuzer A wird gebaut

Ersatz „Preußen" bewilligt.

Sozialdemokratischer Einstellungsantrag abgelehnt.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A wurde mit 255 gegen 203 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Berlin, 16. November.

War es die heute bei Beginn der Sitzung fast schon unerschütterlich feststehende Tatsache, daß der umstrittene Kreuzer am Ende der Beratungen bewilligt werden würde, war es die Erkenntnis der Nutzlosigkeit wilder Erregung in sachlichen Fragen — jedenfalls bot das Haus ein Bild größerer Ruhe und vermehrter Neigung, die Auseinandersetzungen über den Schiffbau auf einer dem Ansehen des Parlaments besser angepaßten Höhe zu halten. Zwar machten sich die Gemüter auch dann und wann noch explosiv Luft. Aber immerhin kam

Reichswehrminister Gröner, der für den Panzerkreuzerbau eintritt

es nicht zu Beschimpfungen und direkten persönlichen Beleidigungen, wie man sie am Donnerstag erlebt hatte. Der deutschvolksparteiliche Abgeordnete Brüninghaus wandte sich nochmals gegen die gestern von dem Sozialdemokraten Wels beliebten Wendungen und meinte, mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sollte eine Diktatur der Minderheit aufgerichtet werden. Auch der demokratische Redner Lemmer konnte sich mit der Art der Beweisführung des Abg. Wels nicht einverstanden erklären und wies darauf hin, daß der Zwiespalt zwischen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertretung in der Regierung nirgendwo verstanden werden würde. Die Demokraten seien der Ansicht, das neue Kabinett wäre keineswegs an die Beschlüsse des früheren Reichstages gebunden gewesen, und in Zukunft müsse erneut geprüft werden, ob weitere Raten zu bewilligen seien. Nicht durch militärische Machtmittel, sondern durch sozialen Fortschritt und kulturelle Lebendigkeit sei unser Volk wieder in die Höhe zu bringen.

Große Aufmerksamkeit fanden dann die von hoher Warte aus gehaltenen Darlegungen des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth, der im Namen des Zentrums sprach und den gestrigen Tag mit seinen unerfreulichen Erscheinungen beklagte, weil an ihm sich fast eine Krise des deutschen Parlamentarismus offenbart hätte. In Zukunft müsse die Herausarbeitung einer klaren und durch keine Gegenströmungen aus dem eigenen Lager behinderten Haltung der Regierung gefunden werden. Im Interesse der deutschen Demokratie und der Deutschen Republik sei eine Wiederholung solcher Vorkommnisse wie jetzt eine Unmöglichkeit. Mit nicht minderer Entschiedenheit begann die zweite große Rede des Tages, diejenige des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid, es gehe weniger um die Probleme, die Herr Wirth einigermaßen gedankenvoll angedeutet habe. Nach Breitscheids Ansicht müsse in allen Angelegenheiten die grundsätzliche Entscheidung dem Parlament in den Vordergrund verbleiben. Rücke man diesen Gesichtspunkt verständigungsmäßigen und dergleichen ins Nichts. Entscheidend wäre nur das persönliche Gewissen des Abgeordneten und dieser müsse allein oder im Verein mit seiner Partei den letzten Ausschlag geben. Das sei keine Krise des Parlamentarismus, das sei vielmehr die Hochhaltung des praktischen Parlamentarismus gegenüber blassen theoretischen Tüfteleien.

Unter den weiteren kürzeren Reden war noch beachtlich diejenige des Abgeordneten Dr. Fehr vom Bayerischen Bauernbund, der im Namen seiner Partei die Anträge gegen den Kreuzerbau ablehnte, obwohl der Bauernbund früher unter den Reinsagern gewesen ist. Rechtmäßig beschlossene Ausgaben könnten, sagte Abg. Fehr, nicht durch einen Regierungswechsel umgestoßen werden.

Nach diesem Redner vollzog sich der weitere Abgesang bis zur Abstimmung. Dann durfte man sich allgemein Ruhe gönnen.

lo.

*

Verstimmungen und Entladungen.

Berlin, 16. November.

Wo Holz gehauen wird, fallen Späne, manchmal auch nur Spänchen, die für das nervöse Auge recht gefahrdrohend in der Luft emporschnellen, dann aber bald matt auf die Erde zurückfallen und damit ihrer anscheinenden Bedeutung entkleidet sind. Als der Führer der Sozialdemokratie, Wels, am Donnerstag mit so heftigen Worten gegen die Bewilligung des Panzerkreuzers stritt und dabei den urwüchsigen Keulenschlag dem feineren Florettstich vorzog, fühlten besonders die Zentrumsmitglieder und die Deutsche Volkspartei sich ob dieser Kampfesweise indigniert und sprachen das auch unverweilt in der Sitzung selbst dem Reichskanzler, dem Fraktionsgenossen des Abg. Wels, gegenüber aus. In einer Kabinettssitzung, die der Reichstagsberatung alsbald, wie man hört, auf Betreiben des Zentrums, folgte, wurde die Rede Wels' ebenfalls besprochen und in einer erneuten Kabinettszusammenkunft am Freitag morgen kam die Empörung der bürgerlichen Parteien über die massive Weise des Abg. Wels, mit der dieser als Vertreter der stärksten Regierungspartei gegen den von der Regierung gedeckten und von der Mehrzahl der Koalitionsparteien befürworteten Kreuzerbau anging, zum Ausbruch. An dieser Beratung nahmen die Führer der Regierungsparteien teil. Nachher traten sowohl der sozialdemokratische Parteivorstand wie die Zentrumsfraktion zusammen und stellten weitere Erwägungen an. Jedoch drang schließlich die Ansicht durch, daß es am besten sei, den Zwischenfall nicht weiter zu verfolgen und ihn in Anbetracht der wichtigeren Dinge, die zu erledigen seien, als nebensächlich abzutun. Auch andere Blasen, die von der Anfangserregung aufgetrieben wurden, z. B. die Anträge, die Dawes-Tribute zur Stärkung der deutschen Wehrmacht zu verwenden, könnten ja nicht weiter als sehr ernsthaft betrachtet werden. Derartige Vorschläge erledigten sich nach Ansicht der Reichstagsmehrheit von selbst.

In dem Einleitungsgefecht vom Donnerstag trat besonders noch der Abgeordnete Treviranus für die Deutschnationale Volkspartei auf den Plan. Wenn der sozialdemokratische Antrag Annahme fände, so würde dieses Ereignis als ein überaus schwarzer Tag der deutschen Geschichte zu verzeichnen sein, ähnlich demjenigen im Jahre 1851, an dem die deutsche Bundesversammlung die Auflösung der Nordseeflotte beschloß. Damals brandmarkte man den beauftragten Herrn Fischer als Totengräber, heute würde diese zweifelhafte Titulatur Herrn Wels zufallen. Treviranus gab einen eingehenden Überblick über die Geschichte und die Notwendigkeit des jetzigen Panzerkreuzerbaues. Er war nicht der Ansicht, daß sich unter den ernsthaften Politikern jemand befände, der wirklich an

Abg. Treviranus.

eine Flottenabrüstung der großen seefahrenden Nationen in absehbarer Zeit glaube. Pflichtvergessenheit wäre es, den Ersatz unserer veralteten Linienschiffe länger zu verzögern. Es ginge auch gar nicht, meinte der Redner, um den Panzerkreuzer allein, hier stehe die Pflege des Wehrgedankens überhaupt im Vordergrunde. Da gäbe es nur eine reinliche und grundsätzliche Scheidung, um die Stimmung des Niederganges und der seelischen Verödung zu überwinden. Frieden um jeden Preis, aber auch um jeden, könne nicht die Losung des wahrhaften Deutschen sein. Gegenüber den sozialdemokratischen Ministern erinnere er an das Wort August Bebels am 20. April 1907 in Berlin: „Der Führer, der nicht den Mut hat, gegen den Willen der Massen seine eigene Überzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Kerl."

Diese Ausführungen des deutschnationalen Redners riefen den Reichskanzler Müller abermals ins Gefecht. Die Angelegenheit des Kreuzers sei nicht eine solche, die von dem gegenwärtigen Kabinett dem Hause vorgelegt worden sei, sondern nur eine Erbschaft der vorigen Regierung, die man verwalten müsse. Das Kabinett habe nur gemäß der Etatgesetzgebung und der Haushaltsordnung gehandelt. Es sei nur selbstverständlich, wenn die einzelnen Mitglieder des Kabinetts ihre persönlichen Auffassungen zum sozialdemokratischen Antrag wahrten. Innerhalb der Regierung sei dem Reichswehrminister loyal die Möglichkeit gegeben worden, seine Ansichten auszusprechen und zu verteidigen, mehr könne nicht verlangt werden. Die Abstimmung im Kabinett vom 10. August, bei der die Inangriffnahme des Kreuzerbaues genehmigt wurde, sei keine materielle gewesen. Auf einen Zuruf des Abgeordneten Grafen Westarp erwidert der Reichskanzler in großer Erregung, Graf Westarps Partei, die sich bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze gespalten habe, besitze kein Recht, andere Leute der Unehrlichkeit zu bezichtigen. Die Sozialdemokratie lehne den Wehrgedanken nicht ab und sei auch keineswegs für einen Frieden um jeden Preis. Über das Fortbestehen der Regierung hätten zu entscheiden nur das Kabinett und das Hohe Haus, und dieses könne ja zu jeder Zeit ein Mißtrauensvotum einbringen. Niemals werde er aber Ratschläge von Herrn Treviranus über sein Verbleiben oder seinen Rücktritt entgegennehmen.

Große Heiterkeit entsteht, als unmittelbar nach diesen Sätzen die Kommunisten ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Müller und ein besonderes gegen den Reichswehrminister einbringen. Nach kurzer Erklärung des Abg. Leicht von der Bayerischen Volkspartei, diese werde die vorliegenden Anträge ablehnen und die Konsequenzen aus den entstandenen Situation den Antragstellern überlassen, ist die Zeit der wohltätigen Vertagung gekommen.

lo.

*

Sitzungsbericht.

(15. Sitzung.) CB. Berlin, 16 November.

Die Aussprache über die Anträge zum Panzerkreuzerbau wird fortgesetzt.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) führte aus: Statt daß wir

Abg. Admiral Brüninghaus (D. Vp.)

auch in unserer Nation versuchen, in Einheit unseren Unterhändlern in der Reparationsfrage gegenüberzutreten, gehen wir daran, durch Anträge, die weder aus etatsrechtlichen noch allgemein politischen Gründen zu rechtfertigen sind, eine

Spaltung in das Volk hineinzutragen.

Die Erklärung, daß der Reichstag an die Beschlüsse des vorigen Reichstages nicht gebunden sei, mache den Parlamentarismus unmöglich. Der sozialdemokratische Antrag bedeute die Errichtung der Diktatur der Minderheit mit rückwirkender Kraft. Der sozialdemokratische Parteivorsitzende Wels habe dem Wehrminister Gröner aus der Vergebung der Aufträge im Betrage von 32 Millionen Mark einen schweren Vorwurf gemacht. Reichskanzler Müller habe diesen Vorwurf widerlegt und zurückgewiesen. Es scheinen doch große Unstimmigkeiten in der Sozialdemokratischen Partei zu bestehen. In dem schmalen Rahmen, den Deutschland der Versailler Vertrag gelassen habe, müsse Deutschland seine Landesverteidigung ausbauen. Wenn sich die Sozialdemokratie aus rein parteipolitischen Gründen dem Ausbau der Marine widersetze, dann versündige sie sich am deutschen Volke. Es handele sich nach der Rede des Abg. Wels nicht mehr um den Panzerkreuzer, sondern darum, ob überhaupt der Gedanke der Wehrhaftigkeit im deutschen Volke erhalten bleiben solle oder nicht. Die Deutsche Volkspartei kämpfe für die Erhaltung der Wehrkraft, weil jedes Volk, das auf seine Verteidigungsmöglichkeiten verzichtet, dem Untergange geweiht sei.

Abg. Lemmer (Dem.) erklärte, die Rede des Abg. Wels hätte den Eindruck erweckt, als ob die Sozialdemokratische Partei zum Kabinett im schärfsten Gegensatz stände. Selbst wenn man die ernsten Schwierigkeiten der Lage für die Sozialdemokratie würdige, müsse man doch sagen, daß durch die Haltung der Sozialdemokratie die außerordentlich starke parlamentarische Verwirrung hervorgerufen worden sei. Der Redner stellt fest, daß seine Partei dem sozialdemokratischen Antrage die Zustimmung versagen werde. Er gehöre zu denjenigen, die schwer mit sich gerungen hätten, ehe sie zu einem Entschluß gekommen seien. Für den Beschluß, daß das Panzerschiff gebaut werde, sei die Mehrheit des vorigen Reichstages voll verantwortlich. Die Frage, ob die künftige Rate verweigert werden solle, würde seine Partei demnächst unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte eingehend prüfen. Deutschland und besonders die deutsche Ostmark würden verteidigt nicht allein durch militärische Machtmittel, sondern dadurch, daß ein gesundes Volk in sozialem Fortschritt, wirtschaftlicher Kraft und kultureller Lebendigkeit seine besten Kräfte entwickeln könne.

Eine wichtige Zentrumserklärung.

Abg. Dr. Wirth (Ztr.) führte aus, der gestrige Tag sei für ihn ein Tag bitterster Enttäuschung gewesen. Man könne jetzt von der

Krise des Parlamentarismus

auch in Deutschland sprechen. Die Zentrumsfraktion habe die klare Frage an ihn gerichtet, ob er bereit sei, heute namens der Fraktion zu sprechen, um an die Regierungsbank und die hinter der Regierung stehenden Parteien die Frage zu richten, wie es in Zukunft mit dem parlamentarischen System und der Herausarbeitung einer klaren Verantwortung werden solle. Früher hätte man ein Gegeneinander von Regierungsparteien nur bei Rechtsregierungen gehabt, und zwar in den Fragen der Außenpolitik. Das Zentrum habe sich gestern aufrichtig um dieses Staates willen gegenseitig gelobt, daß ein zweiter Fall wie der gestrige ein Mißtrauensvotum in Form eines Antrages aus

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF